

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Bildung und Forschung
Schlagworte	Grundschulen
Akteure	Basel-Landschaft
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1989 - 01.01.2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Ehrensperger, Elisabeth
Mosimann, Andrea
Rohrer, Linda
Schär, Suzanne
Zumofen, Guillaume

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Ehrensperger, Elisabeth; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda; Schär, Suzanne; Zumofen, Guillaume 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bildung und Forschung, Grundschulen, Basel-Landschaft, 2000 – 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Bildung, Kultur und Medien	1
Bildung und Forschung	1
Grundschulen	1

Abkürzungsverzeichnis

EDK Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
PER Plan d'étude romand

CDIP Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
PER Plan d'étude romand

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Bildung und Forschung

STANDESINITIATIVE
DATUM: 05.03.2002
MARIANNE BENTELI

Ausgehend von einer im Vorjahr vom Parlament überwiesenen Motion der SP reichte der Landrat des Kantons **Basel-Land** eine **Standesinitiative** zur **Koordination der kantonalen Bildungssysteme** ein. Verlangt wird insbesondere, dass die Bildungsstufen von der Vorschule bis zur Tertiärstufe, ihre Dauer und das Einschulungsalter für die ganze Schweiz verbindlich festgelegt werden. Ebenso sollen die Zahl der Abschlüsse am Ende der Sekundarstufe I, die Qualifikationsziele und die Anschlüsse an die Sekundarstufe II überall gleich geregelt werden. Weiter soll der Bund auch Zahl, Art und Ziele der schweizerisch anerkannten allgemein- und berufsbildenden Ausbildungen an der Sekundarstufe II definieren. Eine einheitliche Regelung wird für die gesamte Berufsbildung gefordert. Im Bereich der Universitäten, technischen Hochschulen, Fachhochschulen und Anstalten der höheren Bildung sollen Koordination, gleichmässige finanzielle Hilfe, Unterstützung und Förderung sichergestellt werden. Die Erwachsenenbildung ausserhalb des Tertiärbereichs soll unterstützt und die Kompetenzen in diesem Bereich zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt werden. Schliesslich soll der Bund beauftragt werden, die Qualität der kantonalen Bildungssysteme zu evaluieren und deren Weiterentwicklung laufend zu koordinieren.¹

KANTONALE POLITIK
DATUM: 14.02.2011
SUZANNE SCHÄR

Die Forderung der „Elternlobby Schweiz“ nach der **freien Schulwahl** ist, ob als generelles Anliegen oder beispielsweise auf die Oberstufe beschränkt, schweizweit nach wie vor nicht mehrheitsfähig. Nach gescheiterten Plebisziten in den Kantonen Basel-Landschaft und Thurgau sowie dem Rückzug einer entsprechenden Initiative in Solothurn, nahmen im Februar des Berichtsjahrs auch 82,5 % der Stimmbevölkerung im Kanton St. Gallen klar Stellung gegen das Anliegen.²

Grundschulen

KANTONALE POLITIK
DATUM: 23.11.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Das basellandschaftliche Lehrerseminar stellte ein Pilotprojekt für einen neuen Primarlehrer-Ausbildungsgang vor. Unter dem Titel **„Flexible Ausbildung von Lehrkräften für die Primarschule“** wurde ab Sommer 2001 ein Lehrgang in Aussicht gestellt, der einerseits die Präsenzzeit am Seminar auf zwei Tage pro Woche reduziert, andererseits die Ausbildung via Internet und in strukturierten Lerngruppen ausbaut. Das unter dem Patronat der EDK stehende Projekt richtete sich auch an Personen, die nicht in Baselland wohnen. Es sollte drei oder allenfalls vier Jahre mit einem anschliessenden Semester zur berufsbegleitenden Einführung dauern und strebte einen hohen Grad an Flexibilität und Selbstbestimmung der Primarlehrerinnen und -lehrer an.³

KANTONALE POLITIK
DATUM: 04.12.2002
MARIANNE BENTELI

In Basel wird ab dem Schuljahr 2003/2004 in allen Volksschulen bis zum 7. Schuljahr in **Blockzeiten** unterrichtet. Damit wird **Basel-Stadt** der erste Deutschschweizer Kanton mit einer derart umfassenden Blockzeitenregelung. Im Kanton **Basel-Land** fand das Prinzip der Blockzeiten ebenfalls Eingang ins neue Bildungsgesetz, doch kann den Gemeinden erlaubt werden, davon Ausnahmen zu machen.⁴

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 24.11.2004
MAGDALENA BERNATH

Die Fachhochschulen Aargau, Solothurn und beider Basel beschlossen, künftig im Bereich der **Bildungsforschung und -entwicklung** zusammenzuarbeiten.⁵

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 01.06.2005
MAGDALENA BERNATH

Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit im Fachhochschulbereich beschlossen die Regierungen der Kantone Aargau, beider Basel und Solothurns, im Rahmen eines „**Mini-HarmoS**“-Projekts ihre Volksschulen besser zu koordinieren – „**HarmoS**“ (Harmonisierung der obligatorischen Schule) bezweckt die inhaltliche Abstimmung der Schule Schweiz.⁶

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 09.11.2007
LINDA ROHRER

Mit dem Projekt „**Bildungsraum Nordwestschweiz**“ sollen die Schulsysteme in den Kantonen Aargau, Solothurn und beider Basel in den nächsten Jahren umgebaut werden. Ziel ist es, die vier kantonal unterschiedlichen Systeme in der Volksschule und Sekundarschule zu harmonisieren. Im Dezember präsentierten die Erziehungsdirektoren ihre Schlüsse aus der Vorabkonsultation. Sie empfahlen den Kantonsregierungen die Schaffung eines vereinheitlichten Bildungsraumes per Staatsvertrag.⁷

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 17.12.2008
ANDREA MOSIMANN

In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn wurde im Berichtsjahr ein Staatsvertrag für einen **Bildungsraum Nordwestschweiz** erarbeitet. Durch die Schaffung eines einheitlichen Bildungssystems wollen die vier Kantone Mobilitätshindernisse abbauen und die Leistungsanforderungen auf allen Stufen transparent und verbindlich machen. Unter anderem sollen die Kinder künftig eine vierjährige Basisstufe besuchen, in welcher die bisherigen Kindergartenjahre und die ersten zwei Schuljahre zusammengeführt werden. In den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn wurde dieser Entwurf im Dezember zusammen mit dem HarmoS-Konkordat in die Vernehmlassung geschickt. Im Kanton Aargau erfolgt die Vernehmlassung erst nach der Abstimmung zum Bildungskleeblatt im Frühling 2009, weil damit bereits wesentliche Elemente des Bildungsraum-Programms umgesetzt werden.⁸

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 03.07.2009
ANDREA MOSIMANN

Der 2008 angekündigte Staatsvertrag zur **Schulharmonisierung zwischen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn** wurde im Berichtsjahr zu einer Regierungsvereinbarung herabgestuft. Ein erster Dämpfer gab es im Februar, als der Aargauer Erziehungsdirektor Rainer Huber (cvp), ein grosser Vorkämpfer des Bildungsraums Nordwestschweiz mit einem vernichtenden Ergebnis abgewählt wurde. Das Amt von Huber übernahm SVP-Mann Alex Hürzeler, der als Kritiker der Schulharmonisierung gilt. Ein weiterer Rückschlag bedeutete die Volksabstimmung vom 17. Mai im Kanton Aargau: Die Stimmbevölkerung verwarf an der Urne alle vier Vorlagen des „Bildungskleeblatts“, namentlich die Einführung einer Basisstufe, den Ausbau der Tagesstrukturen, die Oberstufenreform und die Lektionenzuteilung nach einem Sozialindex. Damit erteilte sie den wesentlichen Programmpunkten des Bildungsraums Nordwestschweiz eine Abfuhr. 242..⁹

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 06.07.2010
ANDREA MOSIMANN

Die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn kündeten im Berichtsjahr an, dass sie ab 2013 **einheitliche Leistungstests für alle Volksschüler des Bildungsraums Nordwestschweiz** einführen wollen. Geprüft werden in der zweiten Klasse die Leistungen in Deutsch und Mathematik, in der sechsten, der achten und der neunten Klasse kommen Fremdsprachen und Naturwissenschaften hinzu.¹⁰

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 27.09.2010
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr wurde auch das Beitrittsverfahren zum **HarmoS-Konkordat** fortgesetzt. Die Stimmbevölkerung des Kantons Freiburg sprach sich in der Volksabstimmung vom März mit 61,1% für den Beitritt zu HarmoS aus. Das Elternforum Schweiz hatte 2009 erfolgreich das fakultative Referendum ergriffen. In Basel-Landschaft und Solothurn wurde das Konkordat von den Kantonsparlamenten gutgeheissen. In den obligatorischen Volksabstimmungen vom 26. September stimmten beide Kantone dem HarmoS-Beitritt zu: Basel-Landschaft mit 56,3% und Solothurn mit 58,5% der Stimmen. In Appenzell Ausserrhoden wurde das HarmoS-Konkordat vom Kantonsrat ebenfalls gutgeheissen, an der Urne scheiterte der Beitritt allerdings mit einem Nein-Stimmenanteil von 56,4%. In den Abstimmungskämpfen stützten sich die Gegner – angeführt von der SVP – auf die bewährten Plakate mit weinenden Kindern und dem Slogan „Schulzwang für 4-Jährige?“.¹¹

KANTONALE POLITIK
DATUM: 20.11.2012
GUILLAUME ZUMOFEN

Dans plusieurs cantons, tels que ceux de Berne, Fribourg, Valais, Soleure, Bâle-Ville et Bâle-Campagne, des modifications aux niveaux de **l'enseignement des langues étrangères** ont été lancées par le Plan d'études romand (PER) et le Lehrplan 21. Il s'agit donc d'apprendre l'allemand ou le français, dès la 3ème primaire, et d'introduire l'anglais en 5ème primaire. L'objectif est d'améliorer les connaissances en anglais, idiome international, tout en maintenant en priorité l'apprentissage d'une langue étrangère nationale, afin de promouvoir la multiculturalité suisse. Néanmoins, ce projet a soulevé de nombreuses inquiétudes. Beaucoup d'enseignants ont estimé qu'il était voué à l'échec, s'il n'était pas doté de moyens supplémentaires.¹²

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 12.04.2014
GUILLAUME ZUMOFEN

Le **Lehrplan 21**, équivalent alémanique du Plan d'étude romand (PER), a essuyé de nombreuses critiques. Alors que le PER est entré en vigueur en 2013, le Lehrplan 21 ne devrait être appliqué qu'entre 2017 et 2019. Les nombreuses difficultés rencontrées s'expliquent principalement par le nombre élevé de cantons qui doivent adhérer à ce programme d'harmonisation. L'objectif de ce plan d'étude alémanique est de définir les différentes compétences qui doivent être atteintes par l'élève au sein des branches principales. En Suisse allemande, ce plan d'étude a soulevé le débat du côté des enseignants, des pédagogues autant que du côté des parents, avant d'être récupéré par la sphère politique. En effet, il a souvent été comparé à un «fourre-tout» illisible, inutilisable et surtout inapplicable. Par conséquent, plusieurs groupes ont entamé une récolte de signatures dans différents cantons, comme par exemple Argovie, Bâle-Campagne, Schwyz ou encore St-Gall. Un seul leitmotiv : sauver une école de qualité. La Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), par l'intermédiaire de Christian Amsler, a d'ailleurs haussé le ton pour indiquer qu'il n'était, désormais, plus question de discussion, mais véritablement d'application. Au final, après huit ans de travail et d'innombrables pérégrinations, l'intervention des milieux politiques devrait encore mettre des bâtons dans les roues de la mise en œuvre du Lehrplan 21.¹³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 26.05.2016
GUILLAUME ZUMOFEN

Dans le canton de Bâle-Campagne, les autorités ont décidé d'**annuler la dispense de serrer la main** à un/-e enseignant/-e dont bénéficiaient deux étudiants de religion musulmane. Cette décision découle du débat qui a pris sa source au sein de l'école de Therwil (BL), avant de secouer la Suisse toute entière. Pour être précis, dans le courant du mois d'avril, plusieurs médias ont révélé que deux frères syriens refusaient de serrer la main à leurs enseignants pour des motifs religieux. Cette situation a créé une polémique nationale qui a forcé le Département cantonal de l'éducation à réagir. Ainsi, l'expertise juridique mandatée par le Canton a rendu sa décision. Elle estime que l'intérêt public, lié notamment à l'égalité homme-femme mais aussi à l'intégration des personnes étrangères primait sur la liberté de croyance.¹⁴

1) AB NR, 2002, S. 458.; BaZ, 23.1. und 1.3.02; SZ, 15.8. und 17.8.02.; Mo, 01.3734

2) NZZ und SGT, 14.2.11.

3) NZZ, 23.11.00.

4) BaZ, 19.4., 7.9., 23.9. und 30.11.02.; Presse vom 4.12.02.

5) Presse vom 24.11.04.

6) Presse vom 01.06.05

7) Baz, 30.5.07; SZ, 9.11.07; AZ, 18.12.07.

8) AZ, 23.2., 15.5. und 17.12.08; BaZ, 21.8.08; SZ, 17.12.08.

9) BaZ, 10.2.09; AZ, 18.5. und 3.7.09.

10) SZ, 6.7.10.

11) BaZ, 18.09.2010; BaZ, 27.09.2010; Lib, 08.03.2010; SGT, 23.02.2010; SZ, 10.03.2010; SZ, 11.03.2010; SZ, 27.09.2010; TA, 14.06.2010

12) BaZ, 23.01. et 07.07.12; LM, 15.08.12; SoZ, 19.08.12; LT, 22.10.12; TA et NLZ, 20.11.12.

13) Presse du 08.11.2014; Presse du 12.04.2014; NZZ, 11.1.14; BLZ, NZZ, 23.1.14; NZZ, 27.1.14; TA, 31.1.14; LZ, 17.2.14; WW, 27.2.14; TG, 29.3.14; BZ, TA, 3.4.14; SO, 13.4.14; BZ, 15.4.14; LZ, 16.4.14; TA, 26.7.14; AZ, 29.7.14; BaZ, NZZ, 6.8.14; AZ, 16.8.14; SGT, TA, 30.8.14; AZ, 8.9.14; LZ, 18.10.14; TA, 28.10.14; SoZ, 16.11.14; AZ, 24.11.14

14) LT, 26.5.16; SO, 29.5.16; LT, 31.5., 23.6.16